

AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND



AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND IN BERLIN E.V.

Alte Schönhauser Str. 9 - 10, O 1054 Berlin
Tel. 030/ 281 51 98

Mitgliederrundbrief Nr. 18

September 1992

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Wenn Ihr diesen Rundbrief lest, ziehen wir um.

Ab 10. September sind wir im Scheunenviertel zu finden:
Alte Schönhauser Straße 9 - 10
O 1054 Berlin
Tel. 030/281 51 98

(es ist möglich, daß das Telefon in den ersten Tagen nach dem Umzug noch nicht angeschlossen ist)

U- Bahn Rosa-Luxemburg-Platz und Weinmeisterstraße
S-Bahn Hackescher Markt

Wir laden ein zur ersten Veranstaltung in unseren neuen Räumen
am

Donnerstag, den 24. September, 20.00 Uhr

Christine Fischer-Defoy: Paula Salomon-Lindberg und Charlotte Salomon. Zwei Frauen im Berlin der Nazizeit. Dia-Vortrag.

Inhaltsverzeichnis

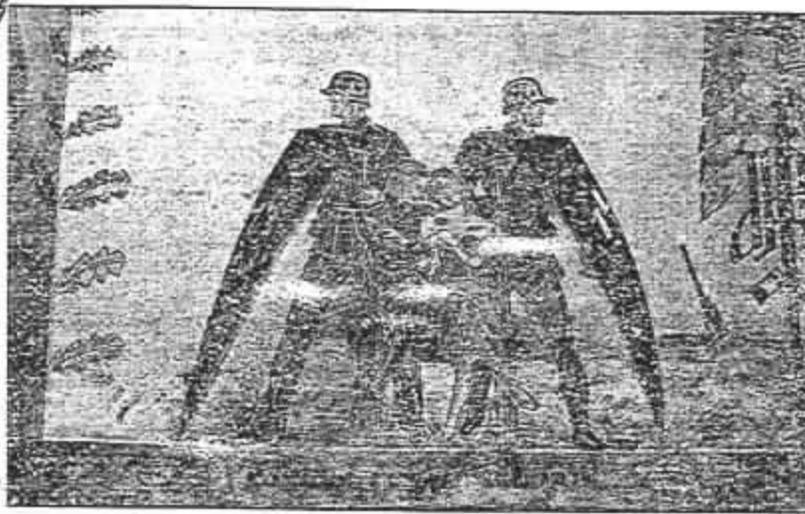
Ausstellung Melissa Gould: 34 Namen von Adler bis Zylber	S. 3
Stellungnahme des Aktiven Museums vom 13.7. zu den SS-Bunkern und dem Holocaust-Denkmal	S. 4
Dokumentiert: Diskussion über Nazi-Kunst, Marlies Emmerich in der Berliner Zeitung über die Wandgemälde im Bunker am Potsdamer Platz	S. 5
Dokumentiert: Herbert Obenaus in der "Zeit" über unsere Ausstellung in der Museumswerkstatt Prenzlauer Berg	S. 6
Dokumentiert: Günter Gumpel im Antifa-Magazin über die Ausstellung und unser Buch "Mythos Antifaschismus"	S. 7
Veranstaltung zum Invalidenfriedhof	S. 8
Dokumentiert: Bericht von Rüdiger Soldt und Kommentar von Gerd Nowakowski zum Invalidenfriedhof	S. 9
Dokumentiert: Kommentar zum Deutschlandhaus von Martin Becher und Andreas Herbst	S. 10
Offener Brief an den Landtagsabgeordneten für Rostock-Lichtenhagen, Erwin Eppler	S. 11
Seminar zur antifaschistischen Jugendbildungsarbeit	S. 12
Buchvorstellung am 7. September	S. 13
Tagung: Berlin 1932. Das letzte Jahr der deutschen Republik	S.14
Regina Scheers Buch: Ahawah - Das vergessene Haus	S. 16
Alte Schönhauser Str. 9 - 10. Regina Scheer zur Geschichte des Orts unserer neuen Geschäftsstelle	S. 18
Auszug aus der Satzung des Aktiven Museum und Mitgliederwerbung	
Bestellzettel für Bücher und Broschüren des Aktiven Museums	

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss



Foto: J. Henschel

Vom 15. Juni bis zum 14. Juli 1992 zeigte das Projekt MISS-ING in Zusammenarbeit mit dem Aktiven Museum Melissa Goulds "34 Namen."
Sie schreibt dazu: "Um 8.55 Uhr am Morgen des 6. Novembers 1942 verließ der Konvoi Nr. 42 Drancy, Frankreich, in Richtung Konzentrationslager Auschwitz, Polen. Eintausend Juden waren in diesem Transport, davon 221 Kinder. Der Vater meines Vaters, ein Wiener Jude, war auch im Zug... Die Namen, die ich hier verwende, sind aus der Transportliste entnommen."



Laugnis aus der NS-Zeit: ein Wandgemälde der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ im ehemaligen Führer-Bunker am Potsdamer Platz Foto: Laude

Diskussion über Nazi-Kunst

Kontroverse um Ölgemälde im einstigen Hitler-Bunker

Die Reste des sogenannten Führerbunkers an der ehemaligen „Neuen Reichskanzlei“ sollen nach dem Willen des Leiters des Archäologischen Landesamtes, Alfred Kerndl, unter Denkmalschutz gestellt werden.

Vorerst unter Schutz gestellt werden sollen dabei auch faschistische Wandgemälde, die sich über vier Wände im einstigen Führerbunker erstrecken. Dabei handelt es sich nach Auskunft von Kerndl um etwa ein halbes Dutzend Gemälde aus Öl auf Putz. Sie sollen dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wenn die Bebauung des Geländes am Potsdamer Platz abgeschlossen ist. Er mahnte, mit diesem „sensiblen Thema“ sorgsam umzugehen.

Anders als Kerndl kann sich Christine Fischer-Defoy vom Aktiven Museum Faschismus und Widerstand den Denkmalschutz für die

Überreste der ehemals 15 Bunker nur vorstellen, wenn der ganze Komplex eingebunden werde in die benachbarte Ausstellung „Topographie des Terrors“ und quasi zum vierten Ort des Gedenkens der Nazi-verbrechen werde. Ein Fehler, so sagte sie auf Anfrage, sei es aber, die Spuren aus einer Geschichte-epoche völlig zu vernichten. Berlin müsse damit leben, im Regierungsviertel einen Schmutzfleck zu haben. Nach den Sommerferien will der Stiftungsrat „Topographie des Terrors“ über den weiteren Umgang mit dem umstrittenen Gelände diskutieren. Einen entsprechenden Brief mit dieser Bitte hat in der vergangenen Woche das „Aktive Museum“ - Mitglied im Stiftungsrat - an Kultursenator Ulrich Roloff-Momin (parteilos) geschrieben. Auch Alfred Kerndl sei an Gesprächen interessiert. Marlies Emmerich

Stasi kommt — Nazi geht?

Von Herbert Obenaus

Es war daher unumgänglich, daß nach der Wende eine Revision der Geschichtsschreibung, des Geschichtsunterrichts und der Gedenkstättenarbeit in der DDR stattfinden mußte. Typisch für die damit verbundenen Probleme erscheinen die Vorgänge um das Berliner Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstand im Prenzlauer Berg. Hier wurde versucht, den Inhalt eines DDR-Museums nicht hastig zu entfernen und dem Sperrmüll zu überantworten, sondern die im Traditionskabinett dokumentierte SED-Sicht der deutschen Geschichte kritisch zu kommentieren.

Die Ausgangsüberlegung war, daß „mehrere Generationen von Jugendlichen, von Lehrern und Pionierleitern“ durch derartige Kabinette geführt worden waren und dort ihr „Geschichtsbild“ bezogen hatten. Die Kommentare führten zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Interessenverband der Widerstandskämpfer und Verfolgten, der Nachfolgeorganisation des zu DDR-Zeiten tonangebenden Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer. „Sie waren zwar bereit, . . . über die ‚Richtigstellung einiger Fehler‘ zu sprechen, auch über die Hinzufügung weiterer Informationen. Schwer verständlich blieb ihnen jedoch, daß . . . nicht Einzelheiten“ nachgebessert, sondern das „vermittelte Geschichtsbild als Ganzes in Frage“ gestellt wurde. Letztlich ließen sich die Meinungsverschiedenheiten nicht überbrücken; die Mitglieder des Interessenverbandes akzeptierten nicht, daß sich die „Kritik . . . keinesfalls gegen die Widerstandskämpfer, deren Engagement und deren Opfer“ richtete, „sondern gegen die Funktionalisierung ihrer Geschichte“.

Nach der Eröffnung der Ausstellung mußten die kritischen Kommentatoren des Traditionskabinetts feststellen, daß sie sich mit ihren Bemühungen „zwischen alle Stühle gesetzt“ hatten. „Während uns die einen die Kritik am geheiligten Antifaschismus vorwerfen, können uns die anderen nicht verzeihen, daß wir die alte Ausstellung nicht abgebaut haben. Inzwischen haben wir verstanden, daß wir es niemandem recht machen können und daß gerade diese heftige Auseinandersetzung der einzige Zweck unserer Arbeit sein mußte. Das Nachdenken über das Antifaschismus-Bild der DDR kann einen Schlüssel liefern für das Verständnis der vergangenen vierzig Jahre und auch der Vorgeschichte, die die Deutschen in Ost und West gleichermaßen betrifft.“

In Ostdeutschland ist eine unverstellte Sicht auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur möglich, wenn zuvor der von der SED definierte Antifaschismus „überwunden“ worden ist. Der Bevölkerung der DDR ist über Jahrzehnte eine Interpretation des Widerstands gegen den Nationalsozialismus aufgezwungen worden, die nun nicht einfach als gegenstandslos deklariert werden kann.

Die Ausstellung

Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert

in der Museumswerkstatt im Thälmannpark ist nur noch bis Ende September 1992 zu sehen. Öffnungszeiten: MO, MI 10.00 - 17.00 Uhr, DI, DO 10.00 - 19.00 Uhr.

Die Ausstellung wird danach abgebaut und archiviert. Es ist die letzte Gelegenheit, sie - und die Kommentare dazu - zu sehen.

Noch einmal: „Mythos Antifaschismus“

In dem in der antiFA 5/92 unter diesem Titel erschienenen Artikel brachte Prof. Paul Ostberg zugleich den grundsätzlichen Standpunkt von Antifaschisten im Bezirk Prenzlauer Berg zur sogenannten Umwandlung des Antifaschistischen Traditionskabinetts im Ernst-Thälmann-Park in eine „Museumswerkstatt“ und zu der auf der dortigen Veranstaltung, am 6. April 1992, vorgestellten Broschüre „Mythos Antifaschismus - ein Traditionskabinett wird kommentiert“ zum Ausdruck.

Dieser Standpunkt wurde und wird inzwischen auch von anderen antifaschistischen Gruppen geteilt. Bereits bei mehreren Gelegenheiten, u.a. auf der ebenfalls dort, am 3. Februar 1992, stattgefundenen Veranstaltung zur Ankündigung eines Buches über „eine kritische Betrachtung der Ostberliner Gedenk- und Erinnerungsstätten und -tafeln“, haben Mitglieder des Bundes der Antifaschisten, der VVN/Verband der Antifaschisten und der BVVdN aus mehreren Stadtbezirken ähnliche Positionen bezogen.

Einerseits legen die hierzu aufgetretenen Autoren von sich aus darauf Wert, daß ihre Ausführungen als sachkundige Beiträge zur Verbreiterung und Vertiefung antifaschistischen Gedankengutes verstanden werden, andererseits erhalten aber die Teilnehmer dabei einen so nachhaltigen Eindruck von anmaßender Selbstgerechtigkeit. Ein fruchtbarer wissenschaftlicher Meinungsstreit kann sich doch wohl kaum herausbilden, wenn bereits zur Genüge bekannte, staatlich verordnete Rituale in der Alt-DDR lediglich dazu herhalten müssen, politische Auffassungen sowie persönliche Erfahrungen und Schlußfolgerungen der in diesem Teil Deutschlands lebenden und zumeist auch weiterhin aktiv mitwirkenden Antifaschisten in Frage zu stellen und letztlich auch zu diffamieren.

Bekanntlich hat sich bereits seit mehr als zwei Jahren unter den hiesigen Antifaschisten ein z.T. sehr detaillierter, selbstkritischer Konsens über jene Erscheinungen durchgesetzt, die hier auf diesem Gebiet im Verlauf der langwierigen Ost-West-Auseinandersetzungen entsteht, vereinsseitigt oder auch deformiert worden waren. Es gibt aber

Gegen neue Einseitigkeiten

auch bereits in fast allen Bezirken z.T. recht tatkräftige Schritte und Beiträge, um diese in der Vergangenheit gemachten Beschränkungen überwinden.

Diesem konstruktiven Ziel wird jedoch die genannte Kommentierung der Exponate in diesem Traditionskabinett nur z.T. gerecht. Verschiedene Kommentare entbehren wohl auch jeglicher sozialwissenschaftlicher Seriosität. Wer z.B. den Brandanschlag der Herbert-Baum-Gruppe auf die faschistische Hetzausstellung im Berliner Lustgarten vor nunmehr 50 Jahren lediglich nach technischen Kriterien, nach der Zahl der Sprengsätze, der Dauer des Löschens und nach dem Schadenswert beurteilt, braucht sich nicht über Reaktionen von Menschen zu wundern, die die politischen Auswirkungen dieser Aktion hier im Bezirk Mitte noch persönlich miterlebt und sich daran aufgerichtet hatten. Auch der bei verschiedenen Exponaten erhobene Vorwurf, man hätte noch dieses und jenes

hinzusetzen müssen, kann von Fall zu Fall sehr unterschiedlich beantwortet werden. Es können sich dahinter sowohl vermeidbare als auch nicht vermeidbare Oberflächlichkeiten als auch historisch berechtigte wie nicht berechtigte Standpunkte verbergen. Daß durch ein solches Herangehen möglicherweise auch die Bewertung

berechtigter Kommentare in Mitleidenschaft gezogen oder gar in ein negatives Licht geraten können, müssen dann wohl die betreffenden Autoren verantworten. Eine kritische, aber auch kameradschaftliche Zusammenarbeit mit Antifaschisten und anderen engagierten Bürgern vom

Prenzlauer Berg hätte das vermeiden können.

Da aber ein etwa gleichartiges Herangehen auch bei der „kritischen Betrachtung der Ostberliner Gedenk- und Erinnerungsstätten und -tafeln“ zu verspüren war, müssen sich zwangsläufig Bedenken und Vorbehalte gegen die vom Veranstalter und den Autoren eingeschlagene ideologisierte Richtung verstärken. Es ist wohl zu bezweifeln, ob allein schon das Thema für das Jahr 1992 noch als aktuell bezeichnet werden kann. Die Frage nach der Lauterkeit und dem Zweck dieser Einäugigkeit in einer Zeit, wo gerade antifaschistisches Denken und Handeln das Zusammenwachsen dieser viele Jahre geteilten Stadt mehr und mehr begleitet, ist wohl erlaubt? Oder wollten die Autoren eine „kritische Betrachtung der ehemals Westberliner Bezirke auf diesem Gebiet“ provozieren?

So gelang es bekanntlich antifaschistischen Bürgerinnen und Bürgern dieser Bezirke, wie

z.B. in Kreuzberg, mehrere politisch ausgewogene und z.T. auf hohem künstlerischen Niveau stehende Beiträge zum antifaschistischen Gedenken und Erinnern durchzusetzen. Das gelang aber nur im Ergebnis langwieriger Auseinandersetzungen und keineswegs überall. Kommt man z.B. nach Charlottenburg, in den Bereich der Krümmen und heutigen Zille-Straße, dem einstigen „Kampfgebiet“ des berühmten SA-Sturmes 33, so gibt es außer den Erinnerungstafeln für den am 1. Februar von der SA ermordeten Otto Grüneberg und den am 14. Juni 1934 justizgemordeten Richard Hüttig nichts, aber auch gar nichts, was an die dortigen Schreckensnächte im Januar und Februar 1933 erinnert und über die der Schriftsteller Jan Petersen (Hans Schalm) unter ständiger Lebensgefahr so hautnah und aktuell in seinem bekannten Buch „Unsere Straße“ berichtet hat. Für den erst 20-jährigen Paul Schulz, den 21-jährigen Hans Schall, den 24-jährigen Fritz Kollosche (zwei seiner Schwestern leben in Schönwalde und Falkensee, im Kreis Nauen), die 25-jährigen Walter Hamecker und Martin Michalak, den 28-jährigen Karl Malz, den 29-jährigen Paul Voss, den 30-jährigen Walter Drescher, den 43-jährigen Georg Stolt und den 46-jährigen Hans-Mueller, die sämtlich nach dem 30. Januar 1933 vom SA-Sturm 33 Viehisch ermordet wurden, existiert kein öffentliches Gedenken, keine bittere Erinnerung.

Nein, es kann in dieser politisch so interessanten und traditionsreichen Stadt nicht um gegenseitige Vorwürfe und Schuldzuweisungen gehen, sondern um kritische, aber auch enge, kameradschaftliche Zusammenarbeit; vor allem aber um eine allseitige und überzeugungsfähige Vermittlung antifaschistischer Erkenntnisse und Erfahrungen, die möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in allen Stadtbezirken viel Kraft vermittelt und Selbstbewußtsein fördert, damit einem neuerlichen faschistoiden Abenteuerum unwiderruflich jeglicher Nährboden entzogen werden kann. **Dr. Günter Gumpel**



Als wir im Juni mit der Geschichtswerkstatt den Termin 5. August für die Begehung des Invalidenfriedhofs mit anschließender Diskussion festlegten, hatten wir nur eine Sorge: Würde es regnen? Es wurde sonnig und heiß, aber Pech hatten wir in anderem: Nach einem kurzen Interview, das Jürgen Karwelat von der Geschichtswerkstatt dem SFB für "Berolina" gab, wanderten wir über den Friedhof. Ein Team der "Abendschau" wanderte ebenfalls, wollte sich aber mit uns nicht in ein Gespräch einlassen. Da unser Fotoapparat versagte, können wir nun nicht einmal Bilder bringen. Statt dessen drucken wir noch einmal die Forderung des Aktiven Museums zur Gestaltung des Friedhofs ab, wie auch den in der taz erschienen Bericht.

Der 1748 eingeweihte Invalidenfriedhof diente zwei Jahrhunderte als letzte Ruhestätte für Angehörige des preußischen Militärs - spätestens nach den Befreiungskriegen 1814/15 kann man von einem Prominentenfriedhof sprechen. Insgesamt 6.000 Menschen wurden hier beerdigt.

Da der Invalidenfriedhof direkt im Grenzgebiet der beiden Stadthälften lag, war er seit dem Mauerbau 1961 praktisch unzugänglich - nur Angehörige konnten die Gräber zweimal wöchentlich für zwei Stunden besuchen. Einen Tag vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde für den Invalidenfriedhof, auf dem zu diesem Zeitpunkt noch 230 der im Jahre 1940 vorfindbaren 3.000 Gräber erhalten waren, eine "Denkmalsverdachtserklärung" ausgesprochen.

Zahlreiche Verwandte von auf dem Friedhof Beerdigten haben in der Zwischenzeit die Wiederherstellung der eingeebneten Gräber beantragt - im Fall des bekanntesten deutschen Kampffliegers im 2. Weltkrieg, Werner Mölders, ist die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz diesem Wunsch nachgekommen. Das Ergebnis war die Wiedereinweihung des Grabes am 12. Oktober 1991, bei der etwa 250 Personen, darunter zahlreiche Angehörige der ehemaligen Legion "Condor", ihren alten Kameraden feierten.

Inzwischen ist von der Senatsverwaltung eine Kommission eingerichtet worden, die sich um die zukünftige Gestaltung des Friedhofs kümmern soll. Das "Aktive Museum" und die Berliner Geschichtswerkstatt fordern, daß der Invalidenfriedhof in seiner derzeitigen Form restauriert und erhalten bleiben soll. Das bedeutet vor allem, daß es keine neuen alten Gräber für hohe und höchste Nationalsozialisten wie etwa den Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich geben darf.

Der anachronistische Zug marschiert auf die Friedhöfe

Der Haß, mit dem nach dem Zusammenbruch der DDR alles zerschlagen, ausgelöscht wird, was an die sozialistische Idee erinnert, kann manchmal nur noch mit pathologischen Kategorien umrissen werden. Im Windschatten von Freiheit und Demokratie marschiert ein anachronistischer Zug nach Ostdeutschland. Aus der Wahrnehmung getilgt werden soll, was vielfach an die besten Köpfe und besten Momente eines demokratischen Deutschlands erinnert. Da wird in Brandenburger Kleinstädten Heinrich Heine ebenso vom Straßenschild verbannt wie der von Nazis ermordete sozialdemokratische Gewerkschafter Rudolf Breitscheid, dem man in Berlin den Platz an der Gedächtniskirche gönnt. Da muß in Berlin das Lenin-Denkmal geschliffen werden um jeden Preis, während im bürgerlichen Grunewald die Anwohnerwit erfolgreich verhindern kann, daß von den Nazis arisierte Straßenschilder nun endlich wieder die ursprünglich jüdischen Namen tragen. Die Bundeswehr, die erst ganz leise in die Stadt schlich, wird immer frecher. Sie will Berlin nun wieder zur größten Garnisonsstadt Ostdeutschlands machen, und der Standortoberste möchte am liebsten den Titel Stadtkommandant tragen. Da kann einem das Grausen kommen. Nun recken sich auch noch die Nazi-Mörder in ihren Gruben. Die alten Kameraden von der »Legion Condor« können schon frohlocken. Wer meint, Tote seien unterschiedlos zu behandeln, der verharmlost auf eine grauenhafte Weise. Mit Mölders Auferstehung werden Guernica, werden die Grabschändungen der Nazis auf den Friedhöfen Berlins ins Vergessen gedrängt und getilgt. Massenmörder bleiben Massenmörder: die Erinnerung an ihre Untaten darf nicht vergessen werden. Der Triumph ihrer Auferstehung wäre zugleich die erneute Peinigung ihrer Opfer.

Gerd Nowakowski

taz, 7. 8. 1992

Ein Wallfahrtsort für Militaristen in Mitte?

Geschichtswerkstatt fürchtet um Charakter des Invalidenfriedhofs / Grab eines Nazi-Fliegers als Präzedenzfall / Verwaltungskonzept noch nicht fertig

Mitte. Der Invalidenfriedhof in der Scharnhorststraße, der seit der Maueröffnung wieder öffentlich zugänglich ist, droht zu einer Wallfahrtsstätte für Militaristen und Nazi-Anhänger zu werden. Das zumindest befürchtet Jürgen Karwelat vom »Aktiven Museum Faschismus und Widerstand«. Der Historiker kritisierte nun erneut, daß nach der Wiederherstellung des Grabes von Werner Mölders, eines bekannten deutschen Kampffliegers aus dem Zweiten Weltkrieg, der Friedhof jetzt zu einer Wallfahrtsstätte für Neonazis und Militaristen zu werden drohe. Obwohl die zwanzigjährige Liegezeit für das Mölder-Grab abgelaufen sei, genehmigte die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz die Rekonstruktion des Grabes. Dabei berufe man sich auf den Mythos, wonach Mölders ein Widerstandskämpfer gewesen sei — eine Behauptung, die nach Ansicht der Geschichtswerkstatt eindeutig widerlegt ist. Mit fi-

nanzieller Unterstützung der militaristischen »Gemeinschaft der Jagdflieger« wurde das Grab des NS-Fliegers mit einer zentnerschweren Marmorplatte wiederhergestellt. Die Berliner Geschichtswerkstatt und das Aktive Museum Faschismus und Widerstand möchten den Friedhof so erhalten, wie er jetzt ist. Der Friedhof, so die Argumentation der Geschichtswerkstatt, sei ein Produkt deutscher Geschichte. Die für den Ausbau des Mauerstreifens von der DDR-Regierung beseitigten Gräber sollten nach den Vorstellungen der Geschichtswerkstatt keinesfalls wieder angelegt werden. »Das Ensemble des Friedhofs, der bestehende Gesamteindruck des Friedhofs muß erhalten bleiben«, forderte Jürgen Karwelat. Auch die Reste der Grenzmauer, eine drei Meter hohe Vormauer, müßten erhalten bleiben.

Zur Zeit gibt es nach Angaben der Geschichtswerkstatt etwa zwanzig Wiederherstellungsanträge. Auch für die Wiederherstellung des Gra-

bes von Fritz Todt läge ein Antrag vor. Todt war von 1940 bis 1942 Reichsminister für Munition und Bewaffnung sowie Generalinspekteur für das Straßenwesen, somit eine technokratische Schlüsselfigur des NS-Herrschaftssystems. Wie sehr ein Konzept für den Invalidenfriedhof nötig sei, zeige der Präzedenzfall »Mölders«. Nach Auskunft des Referatsleiters der Abteilung Landschaftsentwicklung und Freiraumplanung der Senatsverwaltung, Heinz Wiegand, sind die Diskussionen der Fachleute um ein Konzept für den Invalidenfriedhof noch nicht abgeschlossen. Seiner Ansicht nach sei aber mit der Genehmigung, das Mölder-Grab erneut mit einer Grabplatte einzurichten, keine Präzedenzfall geschaffen worden. Wiegand wandte sich dagegen, Tote selektiv zu behandeln. Ein Verbrecher wie Heydrich sei sicher eine Ausnahme, sagte Wiegand: »Aber prinzipiell macht es keinen Sinn, Tote zu sortieren.«

Rüdiger Soldt

»Deutschlandhaus« als Ort der Begegnung

Das »Deutschlandhaus«, in den 20er Jahren als Eckhaus gegenüber dem Anhalter Bahnhof von den Architekten Richard Bielenberg und Josef Moser errichtet, wurde im Zweiten Weltkrieg stark zerstört und mit großem Aufwand in den 50er Jahren wieder aufgebaut. Das 12stöckige Gebäude beherbergt heute das Fernmeldeamt 3 sowie die Stiftung »Deutschlandhaus«. Diese Stiftung privaten Rechts wurde im Juni 1952 unter dem Namen »Haus der ostdeutschen Heimat« durch die Staatsaufsicht genehmigt und zog 1961 in das Haus an der Stresemannstraße ein, nachdem ihr Domizil bis dahin am Kaiserdamm 83 in Charlottenburg lag. Seitdem wird mit großem Aufwand permanent an die als Resultat des Zweiten Weltkrieges verlorengegangenen deutschen Gebiete in Ost- und Südosteuropa erinnert. Die Stiftung wurde und wird gefördert durch Mittel der Bundesministerien für gesamtdeutsche Fragen bzw. innerdeutsche Beziehungen, die seit der deutschen Einheit durch das Bundesinnenministerium vertreten werden. Der Berliner Senat beteiligt sich nach einer im August 1951 getroffenen Vereinbarung zu einem Drittel an den jährlich entstehenden Ausgaben; die öffentlichen Zuwendungen beliefen sich im Jahre 1991 auf 2,5 Millionen Mark. Unter dem Dach der Stiftung residieren zahlreiche Landsmannschaften und Vertriebenenverbände, unter anderem der »Bund der Mitteldeutschen«, die »Landsmannschaft Berlin-Branden-

burg« und die »Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien«. Die Stiftung selbst hat sich die »Pflege und Vermittlung aller kulturellen Werte deutscher Siedlungsgebiete außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes, insbesondere durch Pflege und Erhaltung des ostdeutschen Kulturgutes« zum Ziel gesetzt. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik plädierte selbst die FAZ für eine »Abwicklung West- und sprach von einer »obsoleten Vertreibungsnachsorge im Stil der fünfziger Jahre, die sich nicht durch das Interesse an Problemen definiert, sondern durch die Bindung an Territorien.«

Das Aktive Museum hat mit einer kleinen Demonstration am 8. Mai auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Wir sind der Meinung, daß es durchaus eine Verbindung von aktuellen Problemen mit der Bindung an Territorien geben kann, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen sollte man nicht vollkommen mit der Geschichte des Hauses brechen; an der Stelle, wo sich bisher Menschen ihrer Heimat aus der Zeit vor 1945 erinnern und vergewissern, sollen sich in Zukunft junge Leute aus diesen ehemals deutschen Gebieten mit gleichaltrigen Deutschen treffen. Es handelt sich dabei um eine Generation, die nach der staatlichen Aussöhnung durch die sogenannten Ostverträge geboren wurde. Den bereits gegründeten, beziehungsweise sich in Gründung befindlichen deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen und deutsch-russischen Jugendwer-

ken kann kein besserer Platz angeboten werden. Zum anderen darf man nicht mit der Geschichte der Umgebung brechen: In unmittelbarer Nachbarschaft des Hauses der deutschen Vertriebenen befand sich eine Generation vor dessen Errichtung die Terrorzentrale des Staates, der ursächlich für die spätere Vertreibung verantwortlich war. Ohne den Nationalsozialismus und dessen Vernichtungsapparat hätte es 16 Jahre nach Kriegsende auch keines Deutschlandhauses einige Meter vom früheren Reichssicherheitshauptamt entfernt bedurft. Das spätere Deutschlandhaus ist nur in Verbindung mit dem Nationalsozialismus, der Gestapo und der SS zu denken: Deshalb sollten die Mitarbeiter der Gedenkstätte »Topographie des Terrors«, die keine geeigneten Räume zur Verfügung haben, hier den Platz nutzen können. Von der Mitte Berlins, vom Ort der Täter, darf keine rückwärtsgewandte, revanchistische Botschaft ausgehen. Dieser Ort muß zu einer Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern führen und nicht zu einer Konfrontation mit ihnen. Das »Deutschlandhaus« ist der beste Ort für die Begegnung mit der aktuellen europäischen Realität und der deutschen Vergangenheit!

Martin Becher/Andreas Herbst
Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. In der Stadtmitte schreiben Persönlichkeiten zu Problemen des zusammenwachsenden Berlins.

taz, 25. 8. 1992

Am Dienstag, den 18. September, 15.30 veranstaltet die Stiftung Deutschlandhaus eine Führung auf dem Invalidenfriedhof, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für die historischen Friedhöfe und Kirchhöfe Berlins. Treffpunkt: Eingang Scharnhorststr. 32

- 11 -

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.

Tel. 030/261 7661

FAX 030/262 3319

Aktives Museum
Köthener Str. 61, W 1000 Berlin 61

ab 9. September 92:
Alte Schönhauser
Str. 9 - 10
O 1054 Berlin

Herrn
Erwin Eppler MdL
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstr.1
O 2750 Schwerin

25. 8. 92

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Eppler,

in der heutigen Ausgabe der "Berliner Zeitung" werden Sie zu den schweren Ausschreitungen in Rostock zitiert:
"Wichtig ist in Wahrheit auch gar nicht der Rechtsstaat, sondern das Machbare."

Diese Ihre Äußerung geht weit über das hinaus, was in einer Demokratie noch toleriert werden kann. Wenn der Staat das Recht von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf Leben und körperliche Unversehrtheit nicht mehr schützen will, wenn, wie in Hoyerswerda und Rostock sich die Rechts-extremen rühmen können, Ausländer vertrieben zu haben, wird bald das Leben von anderen Minderheiten nicht mehr sicher sein.

Es ist schlimm genug, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien behaupten, durch Änderung des Grundgesetzes könnte sich die Zahl der in unser Land strebenden Flüchtlinge vermindern. Es ist schlimm genug, daß die SPD nun meint, sich der Volksstimmung beugen zu müssen und einer solchen Änderung zuzustimmen bereit ist. Daß nun aber auch die Menschenrechte der hier lebenden Asylbewerber zugunsten des "Machbaren" von einem SPD-Abgeordneten in Frage gestellt werden, ist erschütternd.

Es mag Ihnen nicht bekannt sein: Es gibt eine historische Parallele zu den jetzigen Vorgängen. In den Jahren nach 1918 erregte sich Volkes Stimme, damals wie heute aufgehetzt von Rechtsextremen, über die angeblich zu große Zahl der in Deutschland lebenden Juden osteuropäischer Herkunft. Es gab Hetze, es gab Krawalle, es gab am Ende Internierungen und Abschiebungen von Eingewanderten. Auch damals meinte die SPD, der Volksstimmung nachgeben zu müssen.

Am Ende blieb als Ergebnis: Antisemitische Haltungen in der Bevölkerung wurden verstärkt, sie blieben erhalten und nicht auf Juden aus Osteuropa beschränkt. Ein Schritt auf dem Weg ins Dritte Reich.

Heute sind die meisten Deutschen zu Tränen gerührt, wenn am Ende des Musicals "Anatevka" die Familie des Milchmanns Tevje aus ihrem Städtchen vertrieben wird. Heute eröffnen Politiker Ausstellungen über das osteuropäische Judentum oder reden zur "Woche der Brüderlichkeit".

Wir wollen, daß sich der Prozeß von 1918 - 1933, gekennzeichnet von Nachgiebigkeit der demokratischen Politiker gegenüber der hemmungslosen Agitation von rechts, nicht noch einmal wiederholt. Wir möchten Sie bitten, Ihre Äußerung zu überdenken und wir hoffen, daß Sie selbstbewußt genug sind, um öffentlich bekanntzumachen, daß Sie Ihre Äußerung bedauern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Christiane Hoss
Geschäftsführerin

SEMINARANKÜNDIGUNG

Von Freitag, den 13. November nachmittags, bis Sonntag, den 15. November mittags, findet in den neuen Räumen des Aktiven Museums in der Schönhauser Str. 9-10 in Berlin-Mitte (PLZ 1054) eine Fortbildung für MitarbeiterInnen aus der politischen Jugendbildung statt.

Dabei soll es um die Frage gehen, wie antifaschistische Jugendbildungsarbeit gestaltet werden kann. Es geht zum einen um eine kritische Bestandsaufnahme der Erfahrungen, die damit in beiden deutschen Staaten gemacht wurde. Zum anderen muß thematisiert werden, wie es antifaschistische Pädagogik erreichen kann, nicht kontraproduktiv zu sein, d.h. nicht das hervorzurufen, was man eigentlich verhindern bzw. bekämpfen möchte.

Deshalb müssen die Möglichkeiten, aber besonders auch die Grenzen solcher Jugendarbeit aufgezeigt werden; nicht alles, was politisch wünschenswert ist, ist auch pädagogisch sinnvoll.

Weitere Schwerpunkte der Wochenendveranstaltung sind die Vermittlungsmöglichkeiten in der antifaschistischen Jugendarbeit (methodische und didaktische Fragen) und die Herangehensweise bei der Kontaktaufnahme zu möglichen Adressaten.

Wir möchten alle, die in der Jugendarbeit tätig sind, herzlich zu diesem Seminar einladen. Nähere Informationen (z.B. über ReferentInnen und den genauen Zeitablauf) können ab Mitte Oktober im Büro bei mir erfragt werden. Für weitere inhaltliche Vorschläge bin ich dankbar.

Martin Becher

◆ **BasisDruck Verlag**
Buchpremiere – Pressekonferenz

Die Wiedergefundene Erinnerung Verdrängte Geschichte in Osteuropa

Herausgegeben von Alain Brossat u.a.

Zur **Buchpremiere** laden wir Sie und Ihre Freunde recht herzlich ein.
Am **7. September um 20 Uhr** im ehemaligen „Antifaschistischen Traditionskabinett“ im Ernst-Thälmann-Park (heute „Museumswerkstatt“), ein Ort, an dem gezeigt wird, wie in der DDR Erinnerung an den Widerstand gegen den Faschismus verdrängt und manipuliert wurde.

Einführende Worte von Annette Leo
„Erinnerung ist die Gegenwart der ~~Zukunft~~^{Vergangenheit}“
Lesung aus dem Essay von Alain Brossat
„Der Leninkult: Mausoleum und Denkmäler“

◆ Der BasisDruck Verlag lädt Sie herzlich ein zu einer **Pressekonferenz am 7. September 1992 um 11 Uhr** in die „Museumswerkstatt“ im Ernst-Thälmann-Park.

Dimitroffstraße 101, 0-1055 Berlin (Prenzlauer Berg)
Greifswalder/Ecke Dimitroffstraße
(S-Bahn-Station Greifswalder Straße
Straßenbahn 4, 13, 24, 28, Bus 240)

Annette Leo
Herausgeberin der deutschsprachigen Ausgabe

Stefan Orendt
Lektor

Kirsten Thietz
Presse/Öffentlichkeitsarbeit

EINLADUNG

zur Tagung "Berlin 1932 - das letzte Jahr der ersten deutschen Republik"
am Freitag und Samstag, d. 6. und 7. November 1992
in der Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 1000 Berlin 21, Clubraum, Freitag 10.30 - 19.30 Uhr
und Samstag 10.30 - 14.30 Uhr

Hiermit laden wir Sie ein zur Tagung "Berlin 1932 - das letzte Jahr der Weimarer Republik",
veranstaltet vom Forschungsprojekt "Fotografie und Geschichte" am Fachbereich 11 der Hochschule der
Künste Berlin in Kooperation mit dem "Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart".

Die Tagung behandelt die politische und soziale Situation in Berlin 1932 und ihre Spiegelung in den
Bildmedien, verdichtet an den Beispielen Mieterunruhen, "Preußenschlag", Wahlkämpfe und BVG-
Streik. Es referieren u.a. Diethart Kerbs, Gerhard Paul (angefragt), Günter Reimann, Klaus-Rainer Röhl,
Henrick Stahr, Heinrich August Winkler, Wolfgang Wippermann (Änderungen vorbehalten).

*Die Räumlichkeiten sind begrenzt, deshalb müssen wir nur bei zu großem Interesse leider vorbehalten, Abtagen zu erteilen. Anmeldungen werden
nach dem Eingangstermin bearbeitet.*

RÜCKANTWORT

Hiermit erkläre ich verbindlich meine
Teilnahme an der Tagung
"Berlin 1932 -
das letzte Jahr der
ersten deutschen Republik" in
der Akademie der Künste Berlin,
Freitag, 6.11.92, 10.30 - 19.30 h und
Samstag, 7.11.1992, 10.30 - 14.00 h

Bitte
ausreichend
frankieren!

Name

Straße

Ort

Unterschrift

Hochschule der Künste
Fachbereich 11
Forschungsprojekt "Fotografie
und Geschichte"

Postfach 12 67 20
Schillerstr. 10

W-1000 Berlin 12

**TAGUNGSPROGRAMM: "BERLIN 1932 -
Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik"**

[Das Programm und die Titel der Referate sind vorläufig. Änderungen vorbehalten.]

Freitag, d. 6. November 1992

10.30 Uhr	Eröffnung der Tagung, Begrüßung	Dr. Olaf Schwencke, Präsident der HdK; Udo Gößwald (Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart); Prof. Diethart Kerbs (HdK)
11.00 Uhr	1932 - Schicksalsjahr der Weimarer Republik aus der Sicht eines Beteiligten	Günter Reimann (New York, ehemals Wirtschafts- redakteur der "Roten Fahne")
11.45 Uhr	Dia-Rückblick auf das Jahr 1932	
12.00 Uhr	Das letzte Jahr der Weimarer Republik	Prof. H.A. Winkler (Humboldt Univ., Berlin)
12.30 Uhr	Diskussion	
13.00 Uhr	Mittagspause	
14.30 Uhr	Mieterkämpfe, Mieterstreiks 1932	Henrick Stahl (HdK)
15.00 Uhr	Diskussion	
15.30 Uhr	Der "Preußenschlag" am 20. Juli 1932	Prof. Wolfgang Wippermann (FU Berlin)
16.00 Uhr	Diskussion	
16.30 Uhr	Kaffeepause	

17.00 Uhr	Abgebildete und geschehene Geschichte: Das Jahr 1932 im Spiegel der Bildmedien	Prof. Diethart Kerbs (HdK Berlin)
17.30 Uhr	Diskussion	
18.00 Uhr	Abschlußdebatte	
19.30 Uhr	Schluß des ersten Tages	
Samstag, d. 7. November 1992		
10.30 Uhr	Nähe zum Gegner: Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932	Klaus Rainer Röhl (Hamburg)
11.00 Uhr	Diskussion	
11.30 Uhr	Die Wahlkämpfe 1932 im Spiegel des Plakats	Priv.Doz. Gerhard Paul (FU Berlin)
12.00 Uhr	Diskussion	
12.30 Uhr	Die Totalitarismustheorie und das Jahr 1932	Prof. Eberhard Jäckel (Univ. Stuttgart)
13.00 Uhr	Diskussion	
13.30 Uhr	Schlußdebatte	
14.30 Uhr	Ende der Tagung	

Regina Scheers neues Buch "Ahawah - Das vergessene Haus. Spurensuche in der Berliner Auguststraße" ist in diesem Jahr erschienen und die bekannten Schwierigkeiten des Aufbau-Verlags haben dazu geführt, daß es fast keine Werbung dafür geben konnte. Ich möchte es unseren Mitgliedern und Freunden, allen Berlinerinnen und Berlinern und allen an jüdischer Geschichte und jüdischem Leben Interessierten sehr empfehlen.

Regina Scheer ist in der Auguststr. 14/16 zur Schule gegangen, hat in der Neuen Schönhauser Straße gearbeitet und in ihrer Kinder- und Jugendzeit zur Geschichte dieser Häuser und dieser Gegend nichts erfahren. Aber als sie dann einmal "Auguststr. 14/16" in einem alten Adreßbuch der jüdischen Gemeinde fand, begann ihre Jahrzehnte dauernde Suche nach dem Geheimnis des Hauses in der Auguststraße und des ganzen Viertels.

Sie hat mit den dort wohnenden Menschen und mit den dort ausgetriebenen Jüdinnen und Juden gesprochen, in Archiven und Bibliotheken mehr und mehr über Häuser und Menschen gefunden.

Nun setzt sich, setzt Regina Scheer ein Bild zusammen vom Scheunenviertel, von Erinnerungen und Verleugnungen der nichtjüdischen Bewohnerinnen und Bewohner, von den jüdischen Wohlfahrts-einrichtungen dort, von den Menschen, die in ihnen arbeiteten. Sie setzt dagegen Bilder von heute, neue Geschäfte, Naziparolen, gröhlende Jugendliche, verbitterte Alte.

"Zedakah ist eine Gerechtigkeit, die natürliches und soziales Unrecht ausgleicht." Dieser Satz ist das Leitmotiv des Buches. Aus einem Dokument aus der ersten Zeit der jüdischen Kranken- und Sozialfürsorge in Berlin zitiert Regina Scheer den bezeichnenden Satz:

"Mit einem Wort an kein geld wird nischt gespahrt" (1744).

Es mangelte in den folgenden Jahrhunderten der Zedakah nicht an Geld und nicht an Liebe (Ahawah). Spenden und ehrenamtliche Arbeit ermöglichten die Gründung und Erhaltung von Krankenhäusern, Waisenhäusern, Kindertagesstätten, Kleiderkammern, Suppenküchen, Altenheimen...Alles dahin, unwiederbringlich.

Regina Scheer hat die Spuren gesucht - und gefunden. Die Menschen: viele Namen in den Deportationslisten im Archiv des Oberfinanzpräsidenten, als sie endlich dorthin durfte. Umsummt von beliebten Melodien für jung und alt, auf die der mürrische Verwalter der Listen nicht verzichten mochte, in größter Hast, denn ihr Dienstvisum galt nur für einige Tage, im Sommer 1988, als die Einstellung der "Leitung" zum Judentum sich verändert hatte und ihre Forschungen nicht mehr als ganz und gar wertlos angesehen wurden. In den Vermögenserklärungen der Deportierten aus der Auguststraße immer wieder: "Nicht vorhanden". Sie besaßen schon nichts mehr als ihr Leben. Auch das nicht mehr lange. "Am 29. Mai 1943 wurde das große Siechenheim Auguststraße...mit dreihundert liegenden Patienten nach Theresienstadt evakuiert."

Wer geholfen hat, wer wenigstens nicht wegsah, wer sich heute erinnert, ein Wort des Mitgefühls äußert: Regina Scheer benennt und schildert sie, die barmherzigen Schwestern, die Unterge-tauchte versteckten, die Ladenbesitzerin, die einmal gegen die Vorschriften verstieß und ein paar Zwiebeln verschenkte. Wenige. Häufiger traf sie auf andere:

"Hier, in den Schreibtisch, haben sie Nägel reingeschlagen, hier an der Seite...Was müssen das für Menschen sein, die so etwas fertigbringen. Nein, korrekt waren die Russen nicht zu uns ... Dreihundertvierundachtzig Monate nach Kriegsende schmerzte das Loch im Furnier seines Herrenschreibtisches den Herrn Stange aus der Auguststraße mehr als alles andere, was ihn im Leben wider-fahren war, mehr als die Löcher in seinem Gedächtnis."

Mit vielen alten Menschen in der Auguststraße sprach Regina Scheer, vor allem mit alten Frauen. "Eigentlich ging es in den Gesprächen über ihr Leben immer um Liebe, aber Ahawah war ein fremdes Wort in der Auguststraße geblieben."

Das ist nun nicht mehr so. Regina Scheer hat uns Menschen und Orte wieder vor Augen gestellt. Werden wir sie noch einmal vergessen? Ich hoffe, daß wir nun die Erinnerung bewahren.

An unserer neuen Geschäftsstelle, so schlage ich vor, wollen wir eine Gedenktafel anbringen, in der einfachen Form in der unsere provisorischen oder "Ersatz"-Gedenktafeln schon an einigen Orten in Berlin zu finden sind, eine Gedenktafel für die ehrenamtli-chen Sozialarbeiterinnen und die Kinder der Ahawah. Seit ich erfahren habe, wohin wir da ziehen, freue ich mich auf unsere neue gute Adresse.

Christiane Hoss

Ostjüdische Flüchtlinge gab es in Berlin schon immer. Seit etwa 1880 verstärkte sich diese Einwanderung durch die Pogrome in Osteuropa. Für viele der nach Westen ziehenden Juden sollte Berlin nur eine Station auf dem Weg nach Amerika sein. Um 1900 lebten 12 000 jüdische Ausländer in Berlin – im gesamten Deutschen Reich waren es 41 000. Von niemandem wurden sie gern gesehen. Eine Reihe von fremdenfeindlichen Verordnungen sorgte dafür, daß die Zahl der Ostjuden in Deutschland lange Zeit relativ gering blieb. In einem vertraulichen Schreiben des preußischen Innenministers vom 23. Dezember 1905 heißt es, das „Überströmen zahlreicher ausländischer Juden“ dürfe nicht dazu führen, daß sich „diese Elemente, in Sonderheit soweit sie den niedrigen Bevölkerungsschichten oder dem politisch besonders gefährlichen geistigen Proletariat angehören, im preußischen Staatsgebiet festsetzen.“

Als der Minister dies schrieb, hatten die Folgen der ersten russischen Revolution Zehntausende Flüchtlinge, unter ihnen viele Juden, aus dem Zarenreich getrieben. Dazu kamen Juden aus Galizien, die vorden Pogromen im sich auflösenden Kaiserreich flohen.

Während des Weltkrieges verstärkte sich der Zustrom von Ostjuden nach Berlin erneut, darunter waren aber viele, die regelrecht als billige Arbeitskräfte angeworben wurden, um in Munitionsfabriken zu arbeiten, und deren Familien natürlich nachkamen. 1917 brachte man jüdische Kriegsgefangene aus Rußland und Polen für Notstandsarbeiten nach Berlin. Auch nach dem Ende des Krieges riß der Flüchtlingsstrom jüdischer Menschen nicht ab. Manche kamen aus den verlorenen preußischen Provinzen, weil sie Deutsche sein wollten. Aber die zogen kaum ins Scheunenviertel, meist waren das wohlhabende Juden, Geschäftleute, Ärzte, Rechtsanwälte.

Andere kamen von weiterher, aus Galizien, aus der Ukraine, sie hatten ihr nacktes Leben gerettet und

wußten nicht, wohin. Unter ihnen waren oft Frauen, deren Männer umgekommen waren, mit kleinen Kindern. Der Verband der Ostjuden (der sein Büro in der Auguststraße 17 hatte) gründete ein Asyl in der Wiesestraße, aber das war nur ein Nachtasyl, kein Ort, an dem diese Frauen mit ihren Kindern tagsüber bleiben konnten.

Für die Kinder solcher Frauen, für Mütter mit Säuglingen wurde das Flüchtlingsheim in der Auguststraße eingerichtet.

Im April 1990 fand ich in Kiryat Bialik bei Haifa in dem israelischen Kinderheim AHAWAH im Büro der Leiterin Ofra Meirson ein altes, brüchiges Foto, das um 1915 aufgenommen wurde. Es ist wohl durch Minna Mühsam, Frau des Arztes Hans Mühsam und Schwägerin des 1933 ermordeten Dichters Erich Mühsam, in die AHAWAH nach Palästina gekommen. *Jüdische Kinder-Volksküche* hat sie auf die Rückseite geschrieben. Und diese Namen: *Erna Bluth, Sonja Gronemann, geb. Gottesmann, Minna Mühsam, geb. Adler, Frau Bergmann und Kind Rachischkarski*. Das Kind sitzendes Mädchen ist ein kleines, auf der Erde sitzendes Mädchen mit Schleife im Haar, das sehr aufmerksam, mißtrauisch geradezu in die Kamera blickt. Hinter ihm hat sich vor einer gemauerten Wand eine Gruppe von Frauen versammelt, sie sitzen auf Küchenstühlen und schälen offenbar Kartoffeln.

Das Foto wurde im Scheunenviertel aufgenommen.

Minna Mühsam und andere junge Frauen „aus gutem jüdischem Haus“ hatten gleich nach Kriegsbeginn damit begonnen, Geld und Küchengeräte zu sammeln, um einen Mittagstisch für arme jüdische Kinder einzurichten. Zwar gab es in allen armen Stadtbezirken Berlins Volksküchen, aber dort natürlich kein koscheres Essen. Minna Mühsam und ihre Mitstreiterinnen suchten Stifter, und sie fanden sie. Noch war das Gebot der *Zedakah* unter den Berliner Juden nicht vergessen,

und in den ersten Monaten des Krieges war der nationale Taumel und damit das Bedürfnis, etwas fürs Vaterland zu tun, groß. Jemand stellte kostenlos Geschäftsräume in der Alten Schönhauser Straße 10 zur Verfügung, und im September 1914 wurde an diesem Haus ein Pappschild angebracht: *Jüdische Kindervolkküche*.

„Am ersten Tag kamen drei Kinder. Ende der Woche hundert, nach einem Monat hatten wir dreihundert Kinder täglich, so stark war das Bedürfnis. Bis zum Jahr 1919 gaben wir täglich dreihundert bis vierhundert Portionen Mittagbrot aus, eine Zeitlang noch mehr.“ Das schrieb Minna Mühsam im Rechenschaftsbericht für die Freunde der AHAWAH 1932 über diese Anfänge.

Ich bin oft durch die Alte Schönhauser Straße und durch die anderen Straßen des Scheunenviertels gegangen. Nicht nur in meiner Schulzeit, auch später. In der Mulackstraße erlebte ich meine erste Liebe in einem Haus, das nur ein Plumslo besaß und dessen Wände so brüchig waren, daß ich im Bett meines Freundes das Stöhnen der sterbenden Frau aus der Nebenwohnung hörte. In der Rückerstraße zwischen der Linienstraße und der Mulackstraße gibt es ein Ständesamt, dort ließ meine Mutter meine Geburt eintragen, dort wurden auch meine Töchter registriert, dort bekam ich nach der Scheidung für die Gebühr von drei Mark meinen Namen zurück. In der Schendelgasse stand eine Baracke des Wohnungsamtes. Dort verbrachte ich viele Stunden an vielen Tagen. Die Baracke gibt es längst nicht mehr, die Schendelgasse ohnehin nicht, nur ihr Name ist geblieben und steht verloren auf einem Straßenschild, nur wenige Meter entfernt von der Stelle, an der 1915 das Foto mit den kartoffel-schälenden Frauen und dem Kind Rachischkarski aufgenommen wurde.

Im Juni 1991 war ich wieder dort, zusammen mit Ofra Meier, jener Frau, die seit einigen Jahren das

Kinderheim AHAWAH in Kiryat Bialik leitet, das nun auch schon wieder fast fünfzig Jahre alt ist. Ofra hatte mich angerufen und gesagt, sie sei auf der Durchreise, zum erstenmal in Berlin, ob ich ihr die Orte der frühen AHAWAH zeigen könnte. Ich hatte Ofra an einem verregneten Tag im April 1990 kennengelernt, in den Häusern, die die AHAWAH in den dreißiger Jahren für ihre Kinder in Palästina errichten ließ.

Ofra Meier ist Psychologin. Ihre vier Kinder sind schon erwachsen, für sie sind die AHAWAH-Kinder wie ihre eigenen. Stundenlang hatte sie mir in Kiryat Bialik von ihren Sorgen und Freuden mit diesen Kindern erzählt, Einwandererkindern, jüdischen Kindern, deren Eltern aus allen Teilen der Welt nach Israel gekommen sind, auch aus dem Osten Europas, aus der Sowjetunion, aus Rumänien. Ihre Familien waren auf dem mühseligen Weg ins Gelobte Land zerbrochen, und für die Kinder blieb nur das Heim, die israelische AHAWAH. Ofra Meier sprach Iwrit, und ein junger Erzieher dolmetschte für mich.

Emi, der über seinen Beruf sagte: „Dies ist eine heilige Arbeit.“ Emis Mutter, die ihn meine Sprache gelehrt hat, war aus Holland nach Israel gekommen. Sie hatte ihr Deutsch in Auschwitz gelernt. Ofra Meiers Eltern waren aus der Ukraine nach Palästina gekommen, schon vor Jahrzehnten.

Auf dem Weg in die Auguststraße kam ich mit Ofra Meier durch die Alte Schönhauser Straße und wollte ihr die Stelle zeigen, an der das Foto aufgenommen wurde, das ich in ihrem Archiv gesehen hatte. Das Haus Alte Schönhauser Straße 10 ist von der Erde verschwunden wie das Pappschild *Jüdische Kindervolkküche*, das vor einem Menschenalter dort hing.

Anstelle des Hauses steht eine Steinbaracke, und ihr Schild ist nicht aus Pappe, es verkündet: *Computerschulungszentrum*.

Es war gerade Pause, die Computerschüler standen rauchend vor den geöffneten Türen. Unter ihnen gab

es auch ältere Männer und Frauen, Arbeitslose wohl, die in der Computerschulung eine Chance für sich suchten. Ein blankes Schild, beileibe kein Pappschild, wies diskret auf eine Repräsentanz der Mannheimer-Versicherung in dieser Baracke hin, und ein anderes Schild bot ebenso diskret und gediegen Finanzberatung an.

Computerschulung, Arbeitslose, Mannheimer-Versicherung, Finanzberatung, das alles war neu in der Alten Schönhauser Straße. Ich versuchte es Ofra Meirson zu erklären. Radebrechend erzählte ich ihr von dem verschwundenen Haus Alte Schönhauser Straße 10, von der Jüdischen Kindervolksküche. Minna Mühsam hatte geschrieben, daß viele der Kinder sich ganz allein durchschlagen mußten, weil ihre Eltern als feindliche Ausländer interniert waren. Die Väter anderer waren Soldaten, und die Mütter konnten ihre Kinder nicht ernähren. Es wurde niemals ein hungriges Kind abgewiesen. Die Frauen um Minna Mühsam schälten jeden Tag viele Zentner Kartoffeln. Ich wollte sehen, ob die Mauer noch zu finden wäre, vor der das Foto mit den kartoffelschälenden Frauen aufgenommen worden war und schlängelte mich durch die rauchenden Computerschüler hindurch, ging in die Baracke und in einen der Schulungsräume. Durch das Fenster sah ich den Hof, üppig mit Unkraut bewachsen. Keine Mauer, nichts erinnerte an Minna Mühsams Foto, das älteste Dokument der AHAWAH-Geschichte.

Die Computerschüler musterten mich erstaunt, ehe einer etwas sagte, war ich wieder draußen bei Ofra Meirson. Die getünchte Steinbaracke war mit Losungen besprüht, wie fast jede Hauswand in der Straße. **BILDET BANDEN! stand da. JAGT DIE SPEKULANTEN! und WER GEWINNT AM GOLF? LEST DEN BÖRSENBERICHT!**

Während des Golfkrieges, erzählte mir Ofra Meirson auf dem Weg durchs Scheunenviertel, sei eine

Bombe nur zweihundert Meter von der AHAWAH entfernt eingeschlagen. Die Kinder waren in den Luftschutzräumen, sie trugen Gasmasken.

Sie blieb stehen und machte mir an der Ecke Münzstraße gestisch vor, wie die Kinder die Gasmasken aufsetzten, wie die Größeren den Kleinen halfen, anders wäre es nicht gegangen.

Alle hätten Angst gehabt, große Angst.

Zu Purim war der Golfkrieg zu Ende. Die Kinder waren nicht zu halten, sie tanzten und lachten, und wieder einmal, wie schon tausende Male, hatte die Königin Esther den Haman besiegt, der das jüdische Volk vernichten wollte. Die Kinder hätten begriffen, warum Purim ein Freudenfest sei.

Aber die Angst sei nicht vergangen.

Die Kinder sind aggressiver denn je, noch heute. Sie treten ihre Betten kaputt, sie zerstören die Möbel, erzählte mir Ofra Meirson.

Ich erinnerte mich der bescheiden eingerichteten Zimmer in Kiryat Bialik, der armseligen Möbel, der lebhaften, nach Zärtlichkeit hungernden Kinder, und ich verstand, daß Ofra Meirson plötzlich, da sie an ihre Kinder dachte, keinen Blick mehr hatte für die Häuser des Scheunenviertels.

Und diese Straßen mit den blanken Schaufenstern, den eilig eingerichteten Läden, die auch am Tage von künstlichem Licht erfüllt sind, mit den getünchten Fassaden und den gesichtslosen Neubauten zwischen verwitterten alten Häusern sind ja auch nicht mehr das Scheunenviertel, von dem Ofra Meirson gehört hatte, in dem vielleicht auch Verwandte ihrer aus der Ukraine stammenden Eltern gewohnt haben. Hier ist die Vergangenheit gründlich ausgelöscht worden, nicht nur die einstigen Bewohner dieser Straßen, Häuser und Höfe sind verschwunden, auch die, die sich an sie erinnern könnten, haben längst anderen Bewohnern Platz gemacht. Aber merkwürdig, die Kinder auf den Straßen haben immer noch den hellen, wachen Blick

und den Argwohn in den Augen wie das Kind Rachi-
schkarski, sie spielen noch immer zwischen den Müll-
tonnen wie auf Heinrich Zilles Bildern, und ebenso
selbstverständlich wie sie auch früher die Bürgersteige
und die engen Höfe als Spielplätze in Besitz nahmen,
klettern sie heute in den abgestellten Autowracks
herum.

Und es gibt viele Kinder in dieser Gegend. Die alten
Frauen sind kaum noch anzutreffen, die noch vor fünf,
sechs Jahren und erst recht in den siebziger Jahren, als
ich anfing, nach den Spuren der AHAWAH zu suchen,
aus den Fenstern guckten, an den Teppichstangen
standen oder auf den wenigen Bänken vor den dürfti-
gen Grünanlagen saßen, die die verschütteten Keller
und Bunker bedecken. Nicht diese Berliner Frauen in
ihren Kittelschürzen, mit ihren struppigen Dauerwell-
frisuren stehen nun schwatzend, die Kunstledertasche
an sich gepreßt, vor den Schaufenstern. Dort stehen
jetzt andere Frauen, in Jeans oder Minirock mit henna-
gefärbtem Haar. Ihre Kinder in den bunten Wägelchen
tragen selten selbstgestrickte Jäckchen, aber bonbon-
farbene Anoraks und nuckeln an Plastikflaschen mit
Instanttee.

Wir gingen durch die Neue Schönhauser Straße,
an dem alten Fabrikgebäude vorbei, in dessen Hinter-
haus ich viele Jahre gearbeitet hatte. Dort war die Re-
daktion einer Literaturzeitschrift, die es seit dem
Ende der DDR nicht mehr gibt. Ich zeigte meiner Be-
gleiterin ein von jungen Leuten besetztes Haus und
erklärte ihr, was die bunten Zeichen und Sprüche an
der Hauswand bedeuten. Ofra verstand nur NAZIS
RAUS.

aus: Regina Scheer, Ahawah - Das vergessene Haus
Berlin: Aufbau 1992, S. 132 - 138

Wir bitten die Bezieher des Mitgliederrundbriefs, die sich bisher noch nicht entschließen konnten, bei uns Mitglied zu werden, jetzt einzutreten. Unser Verein braucht für die vielfältigen alten und neuen Aufgaben das Engagement vieler Menschen! Es geht nicht um Ihr Geld, sondern um Ihre Mitarbeit in unserem Verein. Wer nicht in der Lage ist, den ermäßigten Beitrag zu leisten, sollte dies dem Vorstand mitteilen, der den Beitrag erlassen kann.

Satzung - Auszüge

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.". Er ist in das Vereinsregister eingetragen und hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2 Zweck

Zweck des Vereins ist

Aufklärung über die deutsche, insbesondere die Berliner Geschichte der NS-Zeit und die Entwicklungen der deutschen Geschichte, die die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ermöglichten wie auch über die Folgen und Kontinuitäten in der Zeit nach 1945. Die Vereinsarbeit dient somit der Volksbildung. Um eine bessere Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, zu erreichen, erstrebt der Verein

1. die Förderung, Einrichtung und Trägerschaft eines aktiven Museums über Faschismus und Widerstand in Berlin,
2. die Förderung der Zusammenarbeit der auf diesem Gebiet Tätigen,
3. die Förderung der öffentlichen Information und Diskussion zu diesem Thema,
4. die aktive Beteiligung an den betreffenden Initiativen und administrativen Planungen.

§ 4 Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Antrag auf Neuaufnahme muß der Einladung für die nächste Mitgliederversammlung beigefügt werden. Ehrenmitglieder können durch die Mitgliederversammlung berufen werden.

§ 6

Das Stimmrecht der Mitglieder wird wie folgt geregelt: Juristische Personen haben drei Stimmen, natürliche Personen und Ehrenmitglieder eine Stimme.

Zur Zeit geltende Höhe des Jahresbeitrags:

Einzelmitglieder DM 96,-
Vereinigungen DM 300,-

mit den üblichen Ermäßigungen

Einzelmitglieder, die arbeitslos, Rentner, Zivildienstleistende o.ä. sind, zahlen DM 48,-
Vereine, die besonders wenige Einnahmen haben, DM 150,-

Bestellzettel für Bücher und Broschüren des Aktiven Museums/
Beitrittserklärung
für Fensterumschlag, bitte mit DM 0,80 frankieren

Briefdrucksache

An das Aktive Museum
Faschismus und Widerstand
in Berlin e.V.

Alte Schönhauser Str. 9 - 10
O 1054 Berlin

ich beantrage die Mitgliedschaft im Verein Aktives Museum
Faschismus und Widerstand in Berlin
(wenn nicht zutreffend, weil nur Bücherbestellung, bitte strei-
chen)

.....
(Absender)

.....

.....

Bestellzettel auf der Rückseite dieses Blattes

Ich bestelle hiermit:

Expl. Klaus Emrich, Nicht von Pappe.
Zur Arbeit einer Kreuzberger Grundschule
über antifaschistischen Widerstand
Schriftenreihe Aktives Museums Nr. 3
Einzelpreis DM 2,-

Expl. Martin Schönfeld
Gedenktafeln in Ost-Berlin
Orte der Erinnerung an die Zeit des
Nationalsozialismus
Vollständiges Verzeichnis der Gedenktafeln in
Ost-Berlin für Opfer des NS, Beschreibung,
Entstehungsgeschichte, 135 Abb. Register und Aufsatz über
die Gedenk-Kultur der DDR
Schriftenreihe Aktives Museum Nr. 4
Einzelpreis DM 15,-

Expl. Mythos Antifaschismus. Ein
Traditionskabinett wird kommentiert
mit einer Foto-Dokumentation der Ausstellung des antifa-
schistischen Traditionskabinetts, sämtlichen Raumkommenta-
ren, Dokumentenanhang zur Geschichte des Traditionskabi-
netts, Protestschreiben gegen die Kommentierung und mit
Beiträgen von Thomas Flierl, Annette Leo, Regina Scheer,
Martin Schönfeld, Gisela Wenzel, Michael Zimmermann
zum Sonderpreis für Gedenkstätten und
Gedenkstätten-Initiativen
DM 12,-

Expl. Hundert Jahre deutscher Rassismus.
Katalog und Arbeitsbuch zur gleichnamigen
Ausstellung. Abbildung aller Exponate, verschiedene
Aufsätze zu Themen der Ausstellung. Hrsg. von der
Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit 1988
Einzelpreis DM 20,-